

# Der Maler

Organ des Verbandes der  
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags  
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postfachkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11698

## Die Industrietagung in Frankfurt am Main.

Am 2. und 3. September fand in Frankfurt a. Main die diesjährige Tagung der Spitzenorganisation der deutschen Industrie, des Handels und Verkehrs statt. Derartige Zusammenkünfte werden bescheiden als Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bezeichnet. Frankfurt ist der Sitz der kapitalmäßig größten deutschen Aktiengesellschaften der I. G. Farbenindustrie A.-G., und der Vorsitzende dieser Gesellschaft ist auch zugleich Präsident des Reichsverbandes. Diese Dinge mögen als bedeutungslos gelten und doch sind sie für die Entwicklung sehr symbolisch. Was in Frankfurt geredet wurde, war vorher genau durchgesprochen und festgelegt. Was Silberberg in Dresden sagte, klang nur deshalb als eine Demonstration, weil die Öffentlichkeit und vielleicht auch ein großer Teil der Versammelten, von dem, was zum Vortrag kam, nicht unterrichtet war; etwas Derartiges ist diesmal vermieden worden.

Begeisterte Wandlungen waren in Frankfurt nicht festzustellen. Auch das der Vorsitzende der Tagung, Geheimrat Dr. Duisberg, in seiner Eröffnungsrede ein Bekenntnis zum neuen Staat ablegte, kam nicht überraschend. Die maßgebenden Leute der Industrie haben sich längst mit der Republik von heute abgefunden und haben sich in ihr heimisch gemacht.

Der Vorsitzende Dr. Duisberg nahm in seinem Vortrag zu den allgemeinen Fragen Stellung. Daraus ist besonders erwähnenswert, daß er die Rentabilität der deutschen Industrie mit dem Einkommen der Arbeiter in Verbindung brachte. Die an der Berliner Börse notierten Aktiengesellschaften hätten 1926 nur eine Dividende von 8,88 % erbracht. Gegenüber 1913 sei die Rentabilität um ein Drittel gesunken; demgegenüber sei die Lohnhöhe der ungelerten Arbeiter am 1. Juni 1927 gegenüber 1913 um 81 % und die der gelernten Arbeiter um 47 % gestiegen. Man hörte derartiges schon öfter, nur fällt hierbei auf, daß der Vorsitzende der größten Unternehmerorganisation für die Rentabilitätsindustrie ein Jahr der größten Krise und für die Lohnhöhe der Arbeiterschaft eine Zeit des größten Aufschwungs in Vergleich setzt. Daß ein solcher Vergleich schon aus diesem Grunde schief sein muß, ist in die Augen springend. Man weiß ferner, daß die Rentabilität der Industrie in den ausgeschütteten Dividenden nicht zum Ausdruck kommt, zumal die Umstellung gewaltige Kapitalkommen festlegte. In gleicher Weise schief waren die Ausführungen, wenn Dr. Duisberg dem deutschen Volke Vergnügung sucht vorwirft, weil zu viele Versammlungen und Feste mit Festessen abgehalten würden. Die längste Rennbahn und die größte überdeckte Tennishalle, die nach den Worten Duisbergs in Deutschland entstehen sollen, werden nicht für die Arbeiterschaft gebaut, auch ist die Arbeiterschaft gegen den Vorwurf gefeit, daß sie Feste mit Festessen abhält. Wir glauben also, daß der Vorsitzende des Reichsverbandes sich mit diesen Vorwürfen an Kreise wendet, die dem Reichsverband sehr nahe stehen dürften.

Die diesmalige Tagung stand unter dem Zeichen der Qualitätsarbeit. Herr Geheimrat Kastl verbreitete sich hierüber in seinem Vortrage „Wirtschaftspolitische Voraussetzungen für deutsche Qualitätsarbeit“ sehr eingehend. Er stellte fest, daß im heutigen Deutschland dem Produktionsfaktor Arbeit eine ganz besonders wichtige Rolle zufällt. Die Notwendigkeit der Qualitätsarbeit erhält seine bestimmte Wirkung durch die Lebenshaltungsansprüche der breiten Massen sowie von dem für Deutschland bestehenden Exportzwang. Massenproduktion und Qualität dürfen keine Gegensätze sein. Aus all diesen Gründen seien das Unternehmertum und die Arbeiterschaft in gleicher Weise an einer Qualitätsarbeit interessiert. Herr Kastl erwähnte hierbei die Notwendigkeit der Preis senkung für industrielle Waren. Man vernahm leider nichts davon, daß nicht nur keine Preissenkung, sondern, wie die Meßziffer zeigt, eine Preiserhöhung durch

die Rationalisierung eingetreten ist. Daß das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes die Höhe der Steuern und der sozialen Abgaben kritisierte und sie als der Leistung zur Qualitätsarbeit abträglich bezeichnete, überrascht nicht. Diese Dinge gehören zum eisernen Bestand aller öffentlichen Äußerungen. Auch seien die übrigen sozialpolitischen Gesetze und Errungenschaften eher ein Hindernis denn eine Förderung von Qualitätsarbeit. Zu den kartellpolitischen Fragen übergehend, sprach Herr Kastl die Ansicht gelassen aus, daß die Kartelle von heute mit denen vor 30 Jahren nicht zu vergleichen seien. Die Kartelle der Jetztzeit seien im Gegenteil berufen, die Normung, Typisierung und Spezialisierung der Verbands-erzeugnisse herbeizuführen und zu überwachen. Die Kartelle seien also eine wirtschaftliche Notwendigkeit und müsse aus diesem Grunde die vollständige Freiheit für die Kartellwirtschaft gefordert werden. Es dürfte auch kaum überraschen, daß Herr Kastl das „Dinia“ in Schutz nahm und die durch dieses Institut betriebene „Menschenwirtschaft“ als notwendig bezeichnete. Das Dinia und andere Einrichtungen gleicher Art seien in keiner Weise gegen die Gewerkschaften gerichtet.

Von den übrigen in Frankfurt gehaltenen Vorträgen ist die Rede des Herrn Dr. Bücher: „Die volkswirtschaftliche Einheit von Wirtschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft im Produktionsprozeß“ noch von Interesse. Die Rede Büchers bildet zweifellos den Höhepunkt der Frankfurter Tagung. Es sei Aufgabe der Wirtschaft, die Erhöhung des Lebensstandard aller Volksgenossen herbeizuführen. Dabei sei die Verbilligung der Waren das erste Erfordernis. Die Verbilligung der Waren und ein hoher Lebensstandard der Bevölkerung sei abhängig von der Kooperation (gleichberechtigte Zusammenarbeit) von Wissenschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft. „Ohne Wissenschaft kein wirtschaftlicher Fortschritt; ohne Unternehmertum keine moderne Produktionskräfte und keine wirtschaftliche Führung; ohne durchgebildete Arbeiterschaft überhaupt keine industrielle Leistungsfähigkeit.“ Aufgabe dieser drei Faktoren sei es, durch verständige Zusammenarbeit die beste und billigste Ware herzustellen. Leider blieb es bei diesen Leitsätzen, ohne im einzelnen zu hören, was jeder einzelne Faktor in der Hauptsache zur Hebung des Lebensstandards und zur Verbilligung der Ware beitragen soll. Namentlich hätte es uns interessiert, was das Unternehmertum zu beginnen gedenkt, um jene Voraussetzungen zu schaffen. Man vernahm davon nichts, sondern verschwommene Gemeinplätze, mit denen sehr wenig anzufangen ist.

Herr Bücher glaubt an das kommende Zeitalter des Hochkapitalismus, und ist auch der festen Überzeugung, daß dieser Kapitalismus nicht durch eine sozialistische Ordnung im Sinne des Marxismus abgelöst wird, sondern daß wir evolutionistisch zu Wirtschaftsformen kommen müssen, die die Härten und Ungerechtigkeiten der vergangenen Zeit beseitigen.“ Man könnte es als einen Fortschritt werten, daß ein hervorragender Vertreter der Industrie von einer Entwicklung zu neuen Wirtschaftsformen überzeugt ist. Wie diese Wirtschaftsformen aussehen sollen, wurde nicht gesagt. Aber wir glauben dessen sicher zu sein, daß das Unternehmertum solche Entwicklungsmöglichkeiten überhaupt nicht ins Auge faßte, wenn Hannibal nicht vor den Toren stünde, das heißt, wenn die Arbeiterschaft durch ihre organisatorische Stärke dem Unternehmertum etwas Derartiges nicht deutlich zu Gemüte geführt hätte. Erwähnenswert bleibt noch, daß Herr Bücher aus der Notwendigkeit zur Zusammenarbeit die Forderung zu einer neuen wirtschaftlichen Ethik (Sittenlehre) herleitete. Wie diese neue Sittenlehre aussehen soll, wurde nicht erörtert. Soweit die Arbeiterschaft in Frage kommt, bedarf sie kaum einer neuen Sittenlehre, sondern vielmehr der Festigkeit, ihre eigenen Interessen mit allem Nachdruck

zu vertreten. Wir werden sehen, ob und wie der Reichsverband seinen Anhängern und Mitgliedern die neue Sittenlehre näherzubringen versucht.

Bekanntlich werden auf öffentlichen Unternehmertagungen Beschlüsse nicht gefaßt, sondern die genau festgelegten Ausführungen werden von den Anwesenden kritiklos entgegengenommen. Die großen Demonstrationen des Reichsverbandes sind also genau formulierte Forderungen der Öffentlichkeit gegenüber. Wollte man den Kern der diesmaligen Hauptversammlung des Reichsverbandes zusammenfassen, so käme ungefähr folgendes heraus: Man wünscht einen neuen Patriarchalismus, eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern, die darauf hinauslaufen soll, die Wirtschaftlichkeit zu heben und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken. Von der einzuschlagenden Lohnpolitik, die bei der Erhöhung des Lebensstandards ein wichtiges Moment darstellt, wurde wenig gesagt. Die Senkung der Preise wurde allgemein gefordert und als notwendig bezeichnet. Dennoch hörte man nichts davon, daß diese trotz einer Rationalisierung im großen Ausmaß nicht nur ausgeblieben ist, sondern in das Gegenteil umschlug. Die Arbeiter und Angestellten haben für den Umstellungsprozeß der deutschen Wirtschaft große Opfer gebracht. Es wurde in Frankfurt vermieden, diese Opfer entsprechend zu würdigen und entsprechende Gegenleistungen der Unternehmer in Aussicht zu stellen.

Es war eine durchaus einseitige Herausstellung von volkswirtschaftlichen Problemen. Was Silberberg in Dresden gefordert hatte, wurde erneut bekräftigt, ohne von den Konsequenzen etwas zu hören. Dagegen unterstützt man eine Werks- und Erziehungspolitik der Arbeiter, die in der Richtung der Werksgemeinschaften liegen dürfte. Die Frankfurter Tagung hat also im großen und ganzen nichts Neues gebracht, aber sie hat eins der Arbeiterschaft deutlich zu Gemüte geführt, nämlich wie lückenlos und geschlossen das Unternehmertum zusammensteht und wie einheitlich es seine Forderungen zu vertreten weiß. Eine gleiche Einheitlichkeit und Geschlossenheit ist bei den Hand- und Kopparbeitern noch nicht vorhanden. Macht kann aber nur durch Macht, Geschlossenheit gegen Geschlossenheit ausgeglichen werden. Wäre es da nicht höchste Zeit, daß Arbeiter und Angestellte es als ihre heiligste Pflicht erachten müßten, ebenso einmütig zu handeln im eigenen Interesse?

### Kulturträger!

Die moderne Kultur in Deutschland soll bedroht sein. Und zwar ist es die minderbegabte Menge, die diese Kultur zu vernichten droht. Diese Weisheit wird von einem mecklenburgischen Junker, W. v. Dörken, in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ verzapft. In der Form einer Besprechung eines Buches eines amerikanischen Gelehrten rollt Herr v. Dörken das gegenwärtige Kulturproblem auf, wobei er zu absonderlichen Gedankengängen kommt. Dies ist an sich nicht das Entscheidende, sondern als wesentlich muß anerkannt werden, daß eine weitverbreitete Wirtschaftszeitung solchen Gedankengängen Raum gibt. Es wird hiermit dargetan, daß die Großindustrie sich mit solchen Gedankengängen in Uebereinstimmung befindet. Inwiefern soll nun der „Untermensch“, das heißt die arbeitende Bevölkerung, die deutsche Kultur bedrohen. Greifen wir aus dem Artikel das Wesentlichste heraus:

„Es mag sein, daß Deutschland wirtschaftlich seinen Tiefpunkt zunächst überschritten hat, es mag sein, daß Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft zunächst eine kleine Besserung ihrer Lage wahrzunehmen glauben, kulturell ist Deutschland, ist die ganze zivilisierte Welt noch im Niedergang begriffen und ein Ende dieses Abstiegs ist noch lange nicht absehbar... Der rasende Fortschritt der Technik und Chemie, die fabelhaften Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten sind keine Zeichen kulturellen Aufstiegs. Kultur ist Volkskraft. Kultur ist eine Geistesverfassung, die dadurch zur weltbewegenden,

welterhebenden Macht wird, daß sie zwar von Führern gewollt, aber von Millionen von Herzen, Hirnen und Charakteren der Volksgenossen erfaßt und getragen wird; Kultur ist die Fähigkeit, geistig zur Höhe zu führen und sich wollend und wissend zur Höhe führen zu lassen. Heute lebt noch ein großer Teil derer, die solche Geistesverfassung aus der Zeit vor dem Kriege, aus einer Zeit wirklich hoher Kultur, hingerettet haben. Vernichtet wird diese Kultur weder durch Revolution, noch durch Inflation, weder durch Verarmung noch durch Hungersnot, sondern nur durch den Tod, durch das Hinsterben ihrer Träger."

Also die großen Errungenschaften der Technik, die Tatsache, daß der Mensch sich die Kräfte der Natur immer mehr untertan machte, sind keine Kultur. Kultur ist nach der Meinung dieses Junkers, wenn eine Reihe von Führern vorhanden sind und eine große Masse von Geführten, die sich willig führen lassen. Diese Kultur ist dem Tode geweiht, wenn diese Schicht von auserlesenen Führern zugrunde gehen soll. Oh, heilige Einfalt! Doch hören wir weiter. Nachdem der Artikelschreiber den Untergang von verschiedenen Kulturen, die ägyptische, die phönizische, die babylonische, die persische, die griechische, die römische und die russische Kultur, erwähnt hat, stellt er die Frage: „Warum sind diese Kulturen untergegangen? Weil die Schicht derer, die sie trug, dünner, weil sie von unten ausgehöhlt wurde durch kulturfeindliche Elemente, die in jedem Volke leben, die aber niedergehalten werden, solange die Kulturschicht gesund und stark genug ist, sich selbst von neuem zu gebären“

Aus all diesen Umständen wird gefolgert: „Daß die kulturfeindliche Masse, das heißt, diejenigen, die nach ihrer Geistesverfassung nicht imstande sind und folglich auch nicht dazu erzogen werden können, Förderer oder auch nur Träger der Kultur zu sein, eines Tages auch bei uns die sich fortgesetzt verbüdnende Kulturschicht zerschneiden und schließlich zerbrechen und vernichten müssen, und daß auch die deutsche, die germanische Kultur demalst zu den Trümmern gehören wird, die die Epigonen in Schaukästen bewundern werden, wie wir den in Gold getriebenen Sarg Tut-Ench-Amuns.“

Der mecklenburgische Junker erwähnt deshalb seine Klaffgenossen, die er für Träger der Kultur hält, die Kindererzeugung rasch und energisch aufzunehmen: „Der positive Weg ist der der Förderung der Geburtenvermehrung wertvollen Menschenmaterials, der Erzeugung eines neuen Adels, einer neuen Aristokratie — um diese beiden, den Untermenschen so verhassten Schlagworte in veredelter Bedeutung zu gebrauchen.“

Wir sehen dieser Aktion der Geburtenvermehrung des Adels und der neuen Aristokratie mit großem Interesse entgegen. Mögen sie Kinder erzeugen, soviel sie wollen, der Untergang dieser geschichtlich längst überwundenen Kaste ist nicht aufzuhalten. Es war das Kennzeichen einer jahrhundertlangen Entwicklung, daß das Bürgertum auf allen Gebieten den Adel überwand, daß der Adel geistig und materiell herunterkam und als Kulturträger auswich. Die Revolutionen des Bürgertums galten letzten Endes diesem Ziele, und das letzte halbe Jahrhundert war die Krönung dessen, daß das Bürgertum, wie es sich in der Industrie, im Handel und Gewerbe zeigt, zur herrschenden Schicht geworden war. Doch daran scheint dieser Junker gar nicht zu denken. Er denkt vielmehr an den „Untermenschen“, unter dem er die arbeitende Bevölkerung in ihrer großen Masse versteht: „Sahen wir ihn (den Untermenschen) nicht auftauchen aus der Hefe des Volkes wie die Blasen des Sumpfgases aus dem Morast in dem Augenblick, als der Druck der Kulturschicht, als die Machtmittel des Nationalstaates nachließen? Noch gelang es, ihn nieder und in seine Schranken zu zwingen, aber ist nicht alles, was wir täglich um uns erleben, die Herrschaft der plumpen Majorität, die Gleichmachungsbestrebungen, der Kampf des Materialismus gegen den Idealismus, der Kampf gegen Rechte, Gesetze und deren ausführende Organe, der Haß gegen den Adel der Geburt und des Geistes, der Krieg des Besitzlosen gegen den Besitzenden, der Hände gegen die Hirne, die systematische Untergrabung jeder Autorität ein Zeichen für das Wachsen des Untermenschen und für seine Auflehnung gegen die Kultur?“

Wie mag sich in diesem Hirn die Welt malen. Gerade in dem Ringen der großen Masse, aus der Hefe des Volkes aufsteigen und von der modernen Kultur soviel als möglich zu genießen, zeigt sich einer der weltgeschichtlichen Vorgänge in der Geschichte der Menschheit. Die Befreiung des sogenannten vierten Standes, das immerwährende Vordringen der Hand- und Kopf-arbeiter auf allen Gebieten des Lebens ist das Kennzeichen der letzten Jahrzehnte. Und wenn es die Junker und Junkerengenossen noch so sehr bedauern, diese Befreiung der Arbeit von geistiger und körperlicher Bevormundung geht weiter und weiter. In den Parlamenten, in den wirtschaftlichen Körperschaften auf der Weltwirtschaftskonferenz und wo wir auch hinblicken mögen, überall sehen die „Blasen des Sumpfgases“, fähig und in der Lage, ein gewichtiges Wort mitzusprechen.

Die Träger dieses großen weltgeschichtlichen Kampfes sind die Gewerkschaften. Sie sind es vor allem, die die geistigen Voraussetzungen zu diesem Ringen vermitteln. In seiner Rede vor den Berliner Gewerkschaftsfunktionären konnte der Kollege Leipart vor nicht allzulanger Zeit als unumstößliche Wahrheit feststellen: „Das Bildungsniveau des deutschen Arbeiters liegt heute schon auf einer Höhe, daß er sich mit den meisten übrigen Schichten der Gesellschaft sehr wohl messen kann. Haben die Bildungsanstalten des Staates, die Schulen dieses Verdienst zu beanspruchen? Sie haben genug und viel dazu beigetragen, aber niemals hätten sie diesen unerschütterlichen Fortschritt allein herbeigeführt, wenn nicht die Gewerkschaften mit ihrer systematischen Erziehungsarbeit, mit ihren ungezählten Bildungsanstalten und Veranstaltungen mitgeholfen hätten.“ So haben die Gewerkschaften mit voller Abicht die „Blasen des Sumpfgases“ zu einem bewußten Hebel des kulturellen Aufstiegs gemacht. Und so soll es auch bleiben.

Mögen die Herren der Schwerindustrie, die solche Geistesprodukte in ihren Blättern verbreiten, von einem neuen Adel und von einer neuen Aristokratie sagen. (Es

ist eigentümlich, daß gerade die Industrie solches Geschwätz verbreitet, wo doch Leute wie Döglar und viele andere aus kleinen Herkommen sich emporgearbeitet haben.) Wir lieben die neue Kultur, wir fördern den Aufstieg der so sehr gefährdeten Untermenschen, wir sehen in der sturmhaften Entwicklung der Technik und der Chemie wertvolle Bundesgenossen und wir sind der felsenfesten Überzeugung, daß demalst die Arbeit zum herrschenden Faktor geworden ist. Und die Herrschaft des vierten Standes wird, wie dies Lassalle in seiner berühmten Rede über das „Arbeiterprogramm“ ausführte, „eine Blüte der Sittlichkeit, der Kultur und Wissenschaft herbeiführen, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen“. Wir können diesen Aufsatz nicht besser schließen, als mit den Worten, die Lassalle zum Schluß den Berliner Arbeitern in der eben genannten Rede zurief:

„Haben Sie bereits einmal, meine Herren, einen Sonnenaufgang von einem hohen Berge aus mit angesehen? Ein Purpurfaun färbt rot und blutig den äußersten Horizont, das neue Licht verkündend, Nebel und Wolken raffen sich auf, ballen sich zusammen und werfen sich dem Morgenrot entgegen, seine Strahlen momentan verhüllend, — aber keine Macht der Erde vermag das langsame und majestätische Aufsteigen der Sonne selbst zu hindern, die eine Stunde später, aller Welt sichtbar, hell leuchtend und erwärmend am Firmamente steht.“

### Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Unser beruflicher Arbeitsmarkt entwickelt sich wesentlich anders als der Verlauf der Wirtschaftskurve. Während die allgemeine Erwerbslosigkeit seit Monaten in dauerndem Rückgang begriffen ist, hat die Arbeitslosigkeit im Maler- und Lackiererergewerbe schon im Mai mit 2,5 % unserer organisierten Kollegen den tiefsten Stand erreicht, ist dann schon im Juni wieder auf 3,6 % und im Juli auf 3,9 % gestiegen. Und während die meisten Landesarbeitsämter auch in den letzten Wochen noch von einer Zunahme der offenen Stellen und weiterer Abnahme der Erwerbslosenziffern auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu melden wissen, zeigt sich auch am Ende des Monats August wieder eine Steigerung der beruflichen Arbeitslosigkeit. An unserer Erhebung beteiligten sich 152 Filialen mit 44 436, davon 182 weiblichen Mitgliedern; von diesen waren am 27. August 2216 männliche und 5 weibliche, zusammen 2221, das sind volle 5 vom Hundert unserer Gesamtmitgliedschaft arbeitslos. Wenn diese Zahl, wie aus der nachstehenden Uebersicht hervorgeht, auch wesentlich günstiger ist als im Vorjahre, darf nicht unerwähnt bleiben, daß wir uns damals noch mitten in einer der verheerendsten Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit befanden, heute aber unsere Konjunktur nach allen Feststellungen, selbst berufenen Kreise, im Zustande der Hochspannung sein soll.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schluß des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am Schluß der letzten Monatswoche	
	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927
Januar ..	147	146	37 107	41 486	14 507	15 830	39,1	38,1
Februar ..	152	144	40 144	40 893	12 868	13 772	32,0	33,7
März ...	140	148	36 691	41 492	6 629	5 916	18,1	14,2
April ...	134	143	39 428	38 338	3 501	2 382	8,9	6,2
Mai ...	144	151	41 266	42 996	3 855	1 078	9,3	2,5
Juni ....	141	150	39 938	43 082	4 479	1 575	11,2	3,6
Juli ....	144	143	40 323	43 939	4 336	1 712	10,7	3,9
August ..	141	152	41 345	44 436	5 421	2 221	13,1	5,0
Sept. ....	140	—	40 720	—	5 580	—	13,7	—
Oktober ..	150	—	41 369	—	7 167	—	17,3	—
Nov. ....	147	—	41 194	—	9 471	—	23,0	—
Dezember	134	—	40 143	—	13 506	—	33,6	—

Obwohl nach unserer Zusammenstellung noch 5 weibliche Mitglieder als arbeitslos gemeldet sind, ist eine fortschreitende Besserung in der Industrie unverkennbar. So ist die Kurzarbeit vom Juni mit 191 Beschäftigten im Juli auf 94, davon 17 weibliche Beschäftigte, und nunmehr auf 38, davon 4 weibliche Beschäftigte, zurückgegangen. Die Arbeitszeit war verkürzt: bis zu 8 Stunden die Woche für 10 Personen, um 9 bis 16 Stunden für 17 männliche und 4 weibliche, und um 17 bis 24 Stunden die Woche für 7 männliche Beschäftigte.

Es ist nicht leicht, die Gründe für diesen auffallenden Gegenatz zwischen unserm beruflichen und dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufzudecken. Sie können auch nicht darin gefunden werden, daß die von dem durchaus gut beschäftigten Baugewerbe in der Ausführung begriffenen Neubauten noch nicht soweit vorgeschritten sind, daß dadurch wesentliche Aufträge für das Malergewerbe ausfallen. Denn unser Beruf zeigt seit Monaten fallende Tendenz. Wir glauben aber einen starken Zugang zu unserm Gewerbe feststellen zu dürfen. Der Arbeitsmarkt ist trotz der anhaltenden Besserung noch lange nicht so weit entlastet, daß für viele, die im Frühjahr die berufliche Beschäftigung im Malergewerbe aufgenommen haben, Aussicht vorhanden ist, im ursprünglichen Berufe unterkommen zu können. Dazu kommt eine auch in diesem Jahre wieder erneut zu beobachtende Steigerung der Lehrlingshaltung, die von manchen Unternehmern nun einmal als willkommenes Gelegenheit zur Einstellung außerordentlich billiger Arbeitskräfte angesehen wird, und die sich den Leuten auf berufliche Notwendigkeiten und Hebung des Gewerbes kümmert. Es wird deshalb höchste Zeit, daß von den beruflichen Organisationen wirkungsvolle Maßnahmen zu einer Abwehr dieser gewerbebeschädigenden Gepflogenheiten gewisser Arbeitgeber unternommen werden. Und gerade die Unternehmerorganisationen haben alle Ursache, hier eingzugreifen, wenn sie nicht ihre eigenen Existenzmöglichkeiten vollends wollen untergraben lassen.

Nicht oder zu spät berichtet haben die Filialen vom 1. Bezirk: Gumbinnen, Lauenburg i. P., Luckenwalde, Sagan und Schneidemühl; vom 2. Bezirk: Darmstadt, Friedberg, Marburg, Oberstein und Saarbrücken; vom 3. Bezirk: Cuxhaven und Emden; vom 4. Bezirk: Hagen, Hamburg und Wesel; vom 5. Bezirk: Bernburg, Erfurt und Naumburg; vom 6. Bezirk: Lindau, Lörrach und Singen; vom 7. Bezirk: Bamberg, Passau und

Regensburg. Die neue Statistikkarte wird den Filialen sofort zugestellt; Stich tag ist der 24. September, so daß den Filialen genügend Zeit bleibt, um bis spätestens am 6. Oktober berichten zu können.

### Bodenreform und Eigentum.

Der letzte Verbandstag der Haus- und Grundbesitzervereine in Breslau hat zur Bekämpfung der Bodenreform aufgerufen, weil diese „den Begriff des Privateigentums aushöhle“. Dr. Adolf Damaschke hat auf der Tagung der deutschen Bodenreformer in Regensburg am 3. September hierauf die richtige Antwort gegeben, die wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung in nachstehendem Auszug weiteren Kreisen bekannt werden muß:

Die Erklärung der Grundbesitzervereine setzt voraus, daß die Auffassung von Privateigentum ein erstarrtes Dogma wäre. Die Bodenreformer aber wissen, daß auch der Begriff des Privateigentums wie alle volkswirtschaftlichen Begriffe der Entwicklung unterworfen ist. So sagt auch Papst Pius II. am 16. Mai 1498: „Es ist eine Tatsache, daß selbst bei denjenigen gesellschaftlichen Elementen, die uns, wie das Eigentum, das Kapital, die Arbeit als von aller Veränderung unabhängig erscheinen, doch eine Vielheit von Abweichungen, Bestimmungen und Beziehungen nicht nur möglich, sondern auch wirklich vollendetes Geschehen ist. Man braucht nur die Geschichte zu betrachten.“

Die Grundbesitzer müßten aber doch vor allem wissen, daß auch der politische und wissenschaftliche Führer und Vertreter ihrer Interessen im Reichstage, Professor Vredt, gesagt hat: „Ist das Primäre das Einzelindividuum mit seinem Miteigentum und hat der Staat die Aufgabe, die Freiheit des einzelnen mit der Freiheit der Gesamtheit in Einklang zu erhalten — oder ist das Primäre der Staat? ... Daß bisher die erstere Auffassung die herrschende war, und zwar als Auswirkung der französischen Revolution, kann gar keinem Zweifel unterliegen.“ Und bald danach äußert Vredt: „So wurden auch die Ideen des radikalen Jakobinertums in Europa allmählich auf mehr oder minder friedliche Weise durchgeseift auf der ganzen Welt.“

Dr. theol. von Neff-Breuning, S. J. hat daraufhin den heute herrschenden Eigentumsbegriff den „jakobinischen“ genannt. Dieser jakobinischen Auffassung steht die christliche Auffassung gegenüber: Bischof Ketteler sagt: „Die falsche Lehre vom starren Recht des Eigentums ist eine fortgesetzte Sünde wider die Natur.“ Auf dem letzten Katholikentag formulierte Graf von Lerchenfeld: „Der Eigentümer erscheint nicht als der schrankenlos Verfügungsberechtigte, sondern als der Nutznießer, der im Gebrauch seines Eigentums höheren gesellschaftlichen Gesichtspunkten unterworfen ist.“ Und Prälat Dr. Kreuß, Präsident des Deutschen Caritasverbandes sagte auf der Jubiläumstagung des Verbandes seine Auffassung so: „Die Bodenreform ist ein edles Werk und diejenigen, die es üben, verdienen unsern Dank und unsere Mithilfe.“ „Der Boden, auf dem wir gewachsen sind, muß bei uns etwas Lebendiges, Ehrfurchtgebietendes und Erhabenes sein; er muß als Gottes Land gewertet werden!“

Die jakobinische Auffassung brachte in Europa zuerst zur vollen Geltung die Auffassung des alten römischen Herrenvolkes, dessen Herrschaft auf der Grundlage der Sklaverei beruhte. Hervorragende Vertreter der deutschen Wissenschaft waren stets bemüht, die deutsche Auffassung des Eigentums wieder zur praktischen Geltung zu bringen. So Adolf Wagner: „Alles sei die Lösung: nicht Beseitigung, sondern Reinigung des Begriffs Privateigentum von dem schrankenlosen Egoismus, der ihm seit Jahrhunderten insbesondere auch durch Einwirkung des römischen Rechts anhaftet.“

Die jakobinisch-römisch-rechtliche Auffassung ist die des absoluten Individualismus, die dem einzelnen alles Eigentum überantwortet „zum Gebrauch und zum Mißbrauch“. Sie ist eine Macht geworden mit den Strömungen, die wir auf andern Gebieten als manchesterliche bezeichnen und die zwischen den Menschen kein anderes Band mehr kennen, als „das nackte Interesse, die gefühllose bare Zahlung“. Demgegenüber war und ist die deutsche Auffassung bewußt sozial.

Otto von Gierke sagt: „Der deutschrechtliche Eigentumsbegriff ist kein individualistischer, sondern ein sozialer. Wohl gewährt er dem Individuum eine Sphäre persönlicher Freiheit und Herrschaftswelt; aber er gewährt sie ihm nur innerhalb der durch die sozialen Anforderungen der Gemeinschaft gebotenen Schranken.“ „Am wenigsten kann das Grundeigentum nach der Schablone des Mobiliareigentums behandelt werden. Vielmehr macht sich beim Grundeigentum, wie hinsichtlich seines Erwerbes und Verlustes, seiner Verteilung und Vererbung, so auch hinsichtlich seines Inhaltes die soziale Gebundenheit in erhöhtem Maße geltend. Es gibt ein Recht des Gebrauchs, aber kein Recht des Mißbrauchs.“

Stellen wir neben diese Führer der deutschen Wissenschaft den praktischen Staatsmann Johannes Miquel. Er sagt: „Wir müssen vielmehr von dem Zustand und von der Auffassung, daß der Grundbesitz eine Ware sei wie jede andere, wieder zurückkehren zu dem alten germanischen Rechte, nach dem Grund und Boden nicht einmal individuelles Eigentum, sondern eine Art Familieneigentum mit besonderen Grundsätzen der Vererbung ist.“

Demnach ist es eine innere Unwahrheit, den Kampf zwischen den Grundbesitzern und den Bodenreformern hinzustellen, als ob bei jenen Erhaltung des Privateigentums, bei den Bodenreformern aber Auslöschung des Privateigentums Parole wäre.

In Wahrheit vertreten die Grundbesitzer die starre, jakobinische, römisch-rechtliche, individualistische, manchesterliche, — die Bodenreformer die lebendige, christliche, deutschrechtliche, soziale Auffassung des Eigentums an sich, im besonderen des Eigentums an Erdboden, den kein Mensch geschaffen hat und der doch die Grundlage alles nationalen Seins, die Urquelle aller Arbeit ist.

Stellen wir dieselbe Frage vor das Volk, so ist uns um die Entscheidung nicht bange. Um seiner Kinder, um seiner Zukunft willen wird es in dieser Zeit größter sozialer Entscheidungen stimmen für die lebendige soziale

# Kollegen, werbt für die Stärkung Eures Verbandes!

**Auffassung des Eigentums, im besonderen des Bodeneigentums als allein mögliche Grundlage eines gesunden Aufbaus.**

Das deutsche Volk hat ja in Artikel 153 der Reichsverfassung bereits grundsätzlich entschieden: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste“ — und in Artikel 155: daß für den deutschen Boden ein Recht gefunden werde, das jeden Mißbrauch ausschließt mit dem Ziel, jeder deutschen Familie in ihrem Vaterland den Weg zu einer gesicherten Wohn- oder Wirtschaftsheimstätte zu erschließen!

Wir kämpfen jetzt darum, diese grundsätzliche Entscheidung des Volkes in der volkswirtschaftlichen Praxis durchzuführen. Erst danach kann die Siedlung, Wohnungs- und Arbeitsnot gründlich überwunden werden. Wer sich diesem Kampfziel entgegenstellt, der — höhlt wohl nicht den römisch-rechtlichen Begriff des Privateigentums aus, der höhlt die Gesundheit der Nation aus. — Der Bund Deutscher Bodenreformer ruft Männer und Frauen aus allen politischen und religiösen Lagern auf, sich mit ihm zu vereinen und sich nicht durch Schlagworte voll innerer Unwahrscheinlichkeit abschrecken zu lassen von der Erfüllung der höchsten staatsbürgerlichen Pflicht.

## Jahrbuch 1926 des ADGB.

Die Jahrbücher sind Rechenschaftsberichte des Bundesvorstandes über seine Tätigkeit während des vergangenen Jahres, in denen die Bilanz des Erreichten gezogen wird. Sie bieten daher jeweils ein geschlossenes Bild der modernen Gewerkschaftspolitik.

Aus jedem dieser Jahrbücher kann der nicht mit der Bewegung vertraute Leser sich einen Überblick verschaffen über das weite Gebiet, auf dem die Gewerkschaften heute wirken. Sie sind ein Stück lebendige Gegenwartsgeschichte. Gegenwartsgeschichte ist keine gelehrte Angelegenheit. Gegenwartsgeschichte ist Politik, sie will eingreifen in das geschichtliche Werden. Die Verhältnisse der Gegenwart sind hier nicht nur Gegenstand der Betrachtung, sondern Objekt eines auf ihre Veränderung gerichteten Willens. Gegenwartsgeschichte ist daher, wenn sie ihren Sinn erfüllen soll, eine mitgestaltende Kraft der Zukunft. Aber sie kann es nur sein, wenn sie den tatsächlichen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen Rechnung trägt, wenn sie eine Synthese zielbestimmten Willens und strenger Objektivität ist. Die Jahrbücher sind ein Versuch, diese schwere Aufgabe auf ihrem Gebiet zu lösen. Sie stellen die Gewerkschaftspolitik mitten hinein in die übergreifenden Zusammenhänge der deutschen Wirtschaft, der Weltwirtschaft, der deutschen und der internationalen Sozialgesetzgebung und der gesamten Arbeiterbewegung, sie schildern die eigene Tätigkeit wie die Bedingungen, unter denen sie geleistet worden ist, die sie gefördert oder gehemmt haben. In diesem weitestgehenden Rahmen werden die Geschichte der Gewerkschaften, die äußere Entwicklung ihrer Organisationen, die Kämpfe der einzelnen Verbände, wie die von den Spitzenorganisationen durchgeführten und in Angriff genommenen Gemeinschaftsaufgaben erst in ihrer Bedeutung für das heutige Deutschland lebendig und verständlich.

Das neue Jahrbuch hat die Grundeinteilung der früheren Jahrbücher beibehalten. Die ersten beiden Kapitel schildern die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1926, die Stellung der Gewerkschaften zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Unternehmer und der Regierung (Wirtschaftspolitik). Die beiden folgenden Kapitel geben eine Darstellung der Weltwirtschaftskonferenz, ihrer Vorgeschichte, ihres Verlaufs und ihrer Ergebnisse, sowie eine nicht minder eingehende Darstellung der Geschichte, der Arbeitsweise und der bisherigen Ergebnisse des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enqueteausschuss).

Eine Betrachtung des Arbeitsmarktes im In- und Ausland leitet über zu dem sozialpolitischen Teil des Jahrbuchs, in dem zunächst eingehend über die mannigfachen Fragen berichtet wird, die sich aus einer planmäßigen Arbeitsmarktpolitik ergeben. Die Regelung der Unterstützung der Erwerbslosen steht die Lösung einer Fülle von Einzelproblemen voraus, über die immer wieder verhandelt werden mußte. Die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat und im Reichstag über die Arbeitslosenversicherung bis zur Verabschiedung des Gesetzes werden kurz skizziert, ebenso der Aufbau des neuen Zweiges sozialer Selbstverwaltung, für den das neue Gesetz die Grundlage schafft.

In dem Abschnitt „Der Kampf um den Achttundentag“ wird das Arbeitsschutzgesetz analysiert und werden ferner die Vorschläge der Gewerkschaften zur Regelung der Arbeitszeit erörtert. Die sozialpolitische Berichterstattung wird durch eine Reihe von Kapiteln abgerundet, die sich mit der Reichswirtschaft und der Umbildung der Berufsvertretungen, mit dem Arbeitsschutz im allgemeinen und dem Bauarbeiter-schutz im besonderen, mit der Stellungnahme des Bundesvorstandes zu den organisatorischen Problemen der Arbeiterversicherung wie mit der Tätigkeit der Rechtsabteilung des Bundesvorstandes befassen. Auch die Lehrlingsfragen (Berufsausbildungsgesetz), die Jugendbeschäftigungen werden eingehend gewürdigt.

Auf die regelmäßig wiederkehrenden, durch ihre reichhaltigen und zuverlässigen statistischen Unterlagen ausgezeichneten Kapitel über die Entwicklung der Tariflöhne, über die Statistik der Verbände und der Ortsausschüsse braucht in diesem Zusammenhang nur hingewiesen werden. Das Kapitel über die Reform der gewerkschaftlichen Verwaltung verdient besonders hervorgehoben zu werden. Es schildert ein Stück innergewerkschaftlicher Rationalisierung, die der organisatorischen Geschlossenheit der Bewegung zugute kommen wird.

In dem Abschnitt, der dem gewerkschaftlichen Bildungswesen widmet, findet sich eine wertvolle Statistik über die Zahl der Schüler, die von den Gewerkschaften zu den staatlichen Wirtschaftsschulen, der

Akademie der Arbeit und der Heimvolkshochschule Litzschke entstanden sind. Zum ersten Male wird in diesem Jahrbuch auch über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften, über die Bauhütten, über die Volksfürsorge und die Arbeiterbank berichtet. Damit wird ein von der Kritik hervorgehobener Mangel der bisherigen Jahrbücher behoben. Die wirtschaftliche Initiative der Gewerkschaften steht erst in ihren Anfängen. Daß sie trotzdem schon zu sehr beachtenswerten Leistungen gelangt ist, darüber geben diese Kapitel des Jahrbuchs interessante Aufschlüsse.

Den Abschluß des Jahrbuchs bildet wie immer eine knappe Darstellung der bedeutsamsten Vorgänge im Vergleich der ausländischen Gewerkschaftsbewegung, sowie der Entwicklung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Wer sich demnach über die Gewerkschaften, über ihre Stellung zu den sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen eingehend orientieren will — insbesondere aber die Funktionäre der Gewerkschaften selbst — wird auch in dem neuen Jahrbuch reiche Anregung und Belehrung finden.

## Aus unsem Beruf

**Bremen.** Das Ueberstundenwesen hat hier in letzter Zeit recht zugenommen. Auch wird an einigen Stellen versucht, Akkordarbeit einzuführen, und zwar an Bauten, die gewöhnlich für einen recht niedrigen Preis angenommen wurden. Man versucht dann, auf Kosten der Gehilfen diesen die Arbeit für einen so niedrigen Preis aufzubehalten, daß der Arbeitgeber trotz seiner Schmutzkonkurrenz noch Geld verdient. Daß dabei dann gewöhnlich auch die tarifmäßige Arbeitszeit nicht eingehalten wird, ist selbstverständlich. Deshalb sind wir, soweit uns solche Fälle bekannt wurden, dagegen eingeschritten und haben auch selbst die Kontrolle gewisser Arbeitsstellen ausgeübt. — Am 21. Juli mußte sich das Ortsaristamt mit dem Malermeister B. befassen, der in Akkord arbeiten ließ und für geleistete Ueberarbeit keinen Zuschlag bezahlte. Bei der Einsicht der Wochenzettel und des Lohnbuches dieses Arbeitgebers war es zwar nicht möglich, alle Arbeitsstellen heranzuziehen. Trotzdem konnten aber 170 Ueberstunden festgestellt werden, bei denen ohne Ausschlag gearbeitet worden ist. Das so eingesparte Geld mußte B. an die Kasse des Ortsaristamtes abliefern. Von der Vertretung unserer Organisation wurde bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß wir in ähnlichen Fällen mit den schärfsten Mitteln gegen solche Tarifübertretungen vorgehen würden und auch die Arbeitgeber waren der Meinung, daß die tariflichen Bestimmungen unbedingt eingehalten sind. — Nun wurde am 2. August bekannt, daß bei der Firma K. nicht nur Ueberstunden und Akkordarbeit, sondern auch Sonntagsarbeit in Neubauten geleistet wurde, und zwar von morgens 6 bis abends 8 Uhr. Auch in einer dritten Arbeitsstelle wurden die dort Beschäftigten bei der Ueberstundenarbeit erlappt. Hiervon wurde dem Obmann der Arbeitgeber Mitteilung gemacht, gleichzeitig aber auch die Werkstelle gesperrt. War dieses Vorgehen nach den Bestimmungen des Tarifs auch nicht korrekt, so waren die festgestellten Verstöße aber so unerhört, daß im Moment kein anderer Ausweg übrig blieb, wenn Abhilfe geschaffen werden sollte, denn nicht nur die Gehilfenschaft, von der bekanntlich ständig ein Teil, mit infolge dieser Ueberstundenwüregerei, selbst in der besten Jahreszeit arbeitslos ist, leidet darunter, sondern auch die soliden Geschäfte, die solche Methoden nicht mitmachen. Vor dem sofort einberufenen Ortsaristamt gab die Firma K. die behaupteten Tatsachen im wesentlichen zu. Das Ortsaristamt entschied, daß die Sperre nicht gutzubehalten sei, es sprach aber trotzdem aus, daß auch die Arbeitgeber strengstens auf Innehaltung des Tarifs drängen müssen und daß in keinem Falle Ueberstunden ohne Zuschläge und ohne Zustimmung der Obmänner des Ortsaristamtes geleistet werden dürfen. Die Gehilfenvertreter erklärten, daß die Sperre am nächsten Tage aufgehoben werde, verpflichteten aber Herrn K., Lohnbücher und Wochenzettel dem Obmann der Arbeitgeber vorzulegen. Sollte sich daraus ergeben, daß keine Zuschläge gezahlt sind, so ist die Differenz an das Ortsaristamt abzuführen. Damit erklärten beide Teile die Angelegenheit der Sperre für erledigt. Die Kosten der Ortsaristamtsführung wurden der Firma K. auferlegt. Kurz nach diesen Vorgängen wurden vier weitere Fälle von Tarifübertretungen festgestellt, wovon zwei durch Rücksprache mit dem Obmann der Arbeitgeber, der bei den beschuldigten Meistern vorstellig wurde, sofort erledigt werden konnten. Im übrigen hat während der Schulferien eine Kontrolle der auszuführenden Malerarbeiten stattgefunden, ob die notwendigen Vorarbeiten richtig ausgeführt werden. Diese Einrichtung muß jedenfalls noch erweitert werden, zumal wir feststellen konnten, daß beispielsweise Fenster, die nach den vereinbarten Bedingungen abgebeizt werden mußten, nicht gründlich behandelt wurden und auf die alte gerissene Farbschicht gleich wieder gestrichen worden ist. Ferner wurden Arbeiten nicht rechtzeitig fertiggestellt, trotzdem genügend geeignete Arbeitskräfte am Orte vorhanden waren. Dafür ließ man in einer Turnhalle Sonntags arbeiten, wofür am nächsten Lohnzahlungstag noch nicht einmal der vollständige Lohn ausgezahlt werden konnte. Auch das ist gewöhnlich ein Grund der NichtEinstellung arbeitsloser Gehilfen, weil die Arbeitgeber, die nicht rechnen können, einen viel zu niedrigen Preis abgeben und, wenn sie den Zuschlag erhalten, nicht in der Lage sind, die Arbeit zu finanzieren. Solche und ähnliche Vorgänge zeigen, wie sonderbare Zustände in unsem Gewerbe eingerissen sind, wie notwendig ferner die strenge Durchführung der tariflichen Ordnung, aber auch die Kontrolle der auszuführenden Arbeiten ist; eine Arbeit, der sich unsere Organisation widmen muß. Wir zweifeln nicht, daß auch die soliden Arbeitgeber uns bei diesem Bestreben mit zur Seite stehen werden.

**Rathenow.** In einer öffentlichen Werbeversammlung referierte hier kürzlich Kollege O Dörp, Berlin, über „Organisation und die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer“. In seinem einständigen Referat wußte er die Kollegen zu fesseln. Es folgte eine rege Aussprache, worauf sich vier

Kollegen und neun Lehrlinge aufnehmen ließen. Zum Schluß der Versammlung gelobten alle Anwesenden, rege für unsere Organisation tätig zu sein. — Nun erhielten auch unsere Arbeitgeber Kenntnis von diesen Vorgängen und so setzte denn sofort ein Kesseltreiben gegen die Lehrlinge ein, die man im Verdacht hatte, daß sie von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten. Statt sich um Dinge zu kümmern, die sie nichts angehen — denn wir leben nicht mehr im Zeitalter der Frömmigkeit —, sollten sie lieber vorchriftsmäßige Gerüste bauen, damit keine Notwendigkeit besteht, daß der Gewerbeinspektion Mitteilung gemacht werden muß.

**Wiesbaden.** In der Generalversammlung am 21. August nahmen die Vertreter von 1035 Mitgliedern unseres ausgedehnten Filialgebietes den Kassen- und Geschäftsbericht vom 2. Quartal entgegen. Mit großem Interesse folgten sie den Ausführungen des Geschäftsführers, der „Die allgemeine Wirtschaftslage, die Anwendung technischer Neuerungen in der Praxis und betriebsorganisatorische Umstellungen“ in den Kreis seiner Betrachtungen zog. Er konnte nachweisen, daß die Arbeiterchaft Erfolge nur mit Hilfe der festgesetzten Berufsorganisationen erzielen kann. Solange der Achttundentag noch so heiß umstritten ist und die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit statt der notwendigen Verbesserungen nur Verschlechterungen, wenn auch in versteckter Form, aufweist, werden Wirtschaftskämpfe auch um die Arbeitszeit unvermeidlich sein. Bei der Schaffung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes mußten die Vertreter der Arbeiterchaft den rückwärtigsten Tendenzen des Unternehmertums entgegenarbeiten. Ein Urteil über die praktische Auswirkung muß der Zukunft überlassen bleiben. Dagegen steht schon heute fest, daß mit dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes manche Vorteile verbunden sind. Sehr viele Klagen aus dem Arbeitsverhältnis können jetzt ohne besonderen Kostenaufwand selbst durch mehrere Instanzen durchgeführt werden, da die Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre zur Vertretung zugelassen sind. Einige Lohnfreistellungen fanden vor dem Ortsaristamt ihre Erledigung, indem zwei Unternehmer zur Nachzahlung der vorenthaltenen Beträge verurteilt wurden. In der Diskussion fand die Tätigkeit ungeteilte Zustimmung, nur wurde die Aufnahme der Berufsstatistik weitgehender Kritik unterzogen. Im übrigen wurde anerkannt, daß der Verband günstige Vertragsbedingungen für seine Mitglieder abgeschloffen, sehr gute Einrichtungen innerhalb der Organisation geschaffen und damit sowohl den Mitgliederstand gehoben wie auch die finanzielle Leistungsfähigkeit sicherstellen konnte. Es wurde zugesichert, daß sich die Kollegen noch mehr als bisher für den weiteren Ausbau der Organisation einsetzen werden. Eine ausführliche Besprechung des Bauarbeiterschutzes mußte für eine Mitgliederversammlung zurückgestellt werden. Leider ist die Arbeiterchaft nicht genügend über die bestehenden Schutzbuchstaben orientiert. Deshalb sollen die Kollegen nicht nur über die Pflichten der Unternehmer unterrichtet, sondern auch über die mit dem Bau von Gerüsten verbundenen Pflichten aufgeklärt werden. Außerdem sind die angestellten Baukontrolleure laufend über etwa vorhandene Mißstände zu unterrichten, da sie nur dann ihr verantwortungsvolles Amt zur Zufriedenheit ausfüllen und Leben und Gesundheit — das kostbarste Gut der Arbeiterchaft — beschützen können.

## Berufsunfälle

In Uffersleben ist am 23. August unser Mitglied W. Reiffig abgestürzt. Er befindet sich in ärztlicher Behandlung. Nähere Mitteilungen über den Unfall liegen noch nicht vor.

**Magdeburg.** Am 29. August stürzte unser Kollege Karl Ebeling beim Betreten seiner Arbeitsstelle auf der Treppe. Die Kunststeinstufen waren mit Papier belegt. Er trug sein Fahrrad zum Umkleideraum, dabei fiel er so unglücklich, daß er sich den rechten Schulterknochen zerpfickerte. Der Papierbelag lag lose auf den Stufen, so daß der Kollege auf den glatten Stufen ins Rollen kam.

**Rürnberg (Erlangen).** Bei Ausführung von Anstreicharbeiten zwischen Maschinen in den Spinnereifabrikräumen zu Erlangen stürzte infolge Fehltritts unser Kollege Johann Geier so unglücklich von einer Leiter, daß er einen Knochenbruch davontrug und in die Klinik gebracht werden mußte.

**Wismar.** Der Fassadenanstrich des hiesigen Rathauses ist, nachdem bereits voriges Jahr ein Wettbewerb ausschreiben erfolgt war, nunmehr an drei Firmen vergeben worden. Die Hauptfront der Fassade hat der Malermeister Hölscher auszuführen. Wir konnten erst kürzlich berichten, daß bei dieser Firma ein Kollege zu Schaden gekommen ist und wiederum haben bei der Arbeit am Rathaus zwei Kollegen einen Unfall erlitten. Für das Streichen des Hauptportals hatte man als Gerüst zwei 14stufige Leitern mit einem Brett darüber benützt. Wenn die Leitern auch ganz neu waren, so waren sie doch für ihre Größe viel zu schwach, wenn gleichzeitig zwei Mann darauf arbeiten sollten. Während der Arbeit brach plötzlich eine Leiterprobe und die auf dem Gerüst beschäftigten Kollegen stürzten herab. Dem Kollegen J a s z a g gelang es noch, seitwärts zu springen, so daß er vor größerem Schaden bewahrt wurde, dagegen mußte sich der Kollege R u h r i g in ärztliche Behandlung begeben.

## Gewerkschaftliches

Wo bleiben die Erwerbslosen? Die Erwerbslosigkeit ist in der letzten Zeit ganz wesentlich zurückgegangen. Die gegenwärtig bestehende Zahl der Erwerbslosen beträgt nur kaum ein Drittel derjenigen vor einem halben Jahr. Sehr beachtenswert zur Beantwortung der Frage, wo diese Erwerbslosen alle geblieben sind, ist eine Auslassung des

